***DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT***
***Landesverband Sachsen***

www.dstg-sachsen.de 01.07.2013

**Offener Brief**
**der**

**Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen**
**(DSTG Sachsen)**

**an**
**die Abgeordneten des Sächsischen Landtages**
**von CDU, FDP, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

bereits seit dem 09.03.2013 war das Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder bekannt.

Daraufhin wurden im Sächsischen Landtag Anträge seitens der SPD-Fraktion (Drs. 5/11487, im Plenum behandelt am 17.04.2013) und der Fraktion DIE LINKE (Drs. 5/11734, im Plenum behandelt am 20.06.2013) zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die sächsischen Beamten gestellt.

**Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ihre Verantwortung gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gezeigt. Wir sehen darin eine Anerkennung und Wertschätzung unserer Tätigkeit und danken ausdrücklich für diese Unterstützung!**

Im Ergebnis wurden diese Anträge jedoch mit den Stimmen der **CDU** und **FDP** abgelehnt.

Und das, obwohl Herr CDU-Fraktionschef Steffen Flath bereits im April 2013 in den Medien eine andere Aussage traf. Er hatte richtigerweise erklärt, dass es selbstverständlich sei, den Tarifabschluss möglichst rasch auf die Beamten zu übertragen. Für die Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst und im Hinblick auf die Streichung der Sonderzahlung wäre eine erneute Ungleichbehandlung der Beamten nicht vertretbar.

Selbst Herr Abgeordneter Holger Zastrow (FDP) räumte in der Landtagsdiskussion um den SPD-Antrag ein: „Beamte haben mit der Streichung der Sonderzahlung einen namhaften Konsolidierungsbeitrag für den sächsischen Staatshaushalt geleistet." Genau, Herr Zastrow – und genau deshalb muss jetzt endlich Schluss sein mit weiteren Sonderopfern der Beamten!

Es ist im Übrigen eine unverschämte Sichtweise von Herrn Zastrow, dass die Beamten mit der Streichung der Sonderzahlung „ihre Solidarität“ gegenüber dem Freistaat in schwierigen Phasen gezeigt hätten.
Solidarität bezeichnet, als *Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens,* ein Gefühl von Individuen und Gruppen zusammenzugehören. Dies äußert sich in gegenseitiger Hilfe und dem Eintreten füreinander. Sie drückt den Einsatz für gemeinsame Werte aus. (vgl. „wikipedia.org“)

Wo sind die gemeinsamen Werte, Herr Zastrow? Wo ist der Beitrag der Politik beim Eintreten füreinander? Glauben Sie wirklich, dass mit der Streichung der Sonderzahlung ein gemeinsames Ziel erreicht wurde? Wohl kaum! „Solidarität“ ist eine freiwillige Sache und kann nicht per Gesetz verordnet werden!
Dass dazu in den Regierungsfraktionen noch Beifall gespendet wurde, ist sehr befremdlich.

Nun endlich hat die Staatsregierung einen eigenen Vorschlag zur Anpassung der Beamtenbesoldung vorgelegt (Drs. 5/12230). Wir begrüßen dabei ausdrücklich, dass es eine inhaltsgleiche Übernahme geben soll. Unverständlich ist jedoch, warum diese zeitversetzt passieren soll. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund !

Erklärtes Ziel des dbb in den Tarifverhandlungen war es von Anfang an, einen einheitlichen Abschluss für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erreichen. Unser Finanzminister Herr Prof. Dr. Unland war dabei.
Die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten ist vor dem Hintergrund des Alimentationsprinzips keine Kann-Bestimmung, sondern eine Notwendigkeit.

Der Unmut unter der Beamtenschaft ist – berechtigterweise – groß, der Bogen ist maßlos überspannt! Es ist eine Frechheit, die Beamten zur zusätzlichen Finanzierung des Haushaltes heranzuziehen, wie es die letzten Jahre immer wieder getan wurde, nur weil dies per Gesetz so einfach geht.

Ohne die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – Beamte und Tarifbeschäftigte – könnte unser Freistaat Sachsen nicht funktionieren. Es ist Tatsache, dass die Steuerverwaltung die Einnahmen des Staates sichert und damit, analog dem gesamten öffentlichen Dienst, einen verlässlichen Beitrag für das Gemeinwesen leistet. Selbst der Landtag wäre ohne eine funktionierende Finanzverwaltung nicht arbeitsfähig.
Unsere Verwaltung versucht mit „Imagekampagnen“ die Wahrnehmung bei der Bevölkerung zu verbessern. Doch selbst seitens der Politik fehlt der Rückhalt. Hier sei noch einmal an den Solidaritätsgedanken erinnert, insbesondere an das gegenseitige Eintreten füreinander. Gelegenheiten gäbe es genug.
Tagtäglich bringen sich unsere Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Arbeitskraft für den Freistaat ein. Sie als Abgeordnete müssten um die Wertigkeit des gesamten öffentlichen Dienstes wissen. Es ist beschämend, dass Sie diese Wertschätzung so mit Füßen treten.

**Jährliche Weihnachtsbriefe oder zuletzt Danksagungen für geleistete Arbeit bei der Fluthilfe sind zwar schön und gut. Sie verlieren jedoch vehement an Glaubwürdigkeit, wenn im Alltag so mit den Beschäftigten umgegangen wird.**

Wir erwarten, dass die Regierungsfraktionen CDU und FDP den Ernst der Lage erkennen und den vorliegenden Gesetzentwurf ändern. Unsere Forderung nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung ist berechtigt und muss erfüllt werden!

Mit freundlichen Grüßen

Reinhold Mähne

Reinhold Mähne

Landesvorsitzender
der DSTG Sachsen

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Sachsen